



Neue Ordnung am Arbeitsmarkt

7. September 2013

Frankfurt Römerberg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kämpfen für gute Arbeit.

Das tun wir nicht alleine.

An der Seite der Gewerkschaften stehen heute altbekannte Freunde. Für einige sind es ehemalige Freunde.

Aber wir nehmen doch alle wahr, dass diejenigen, die vor der letzten und noch mehr vor der vorletzten Bundestagswahl unsere Forderungen nach guter Arbeit, nach fairer Rente, sozialer Gerechtigkeit, nach Weiterentwicklung statt Abbau der sozialen Sicherungssysteme, nach Ordnung am Arbeitsmarkt und Begrenzung der Macht der Finanzmärkte und Spekulanten als überkommen bezeichnet haben, vor den Trümmern ihrer Entscheidungen stehen.

Auch wenn uns täglich die Kanzlerin einreden will, dass alles ganz toll ist in Deutschland. Wir kennen die Wirklichkeit.

Die, die sich heute hier versammelt haben wissen, dass die große Erzählung von den Erfolgen am Arbeitsmarkt mit millionenfacher Armut der Arbeitenden bezahlt wird.

Wir kennen die verzweifelte Leiharbeiter, die ihre Familie nicht ernähren können.

Wir kennen die Rente, die unsere Kolleginnen und Kollegen erwartet und wir wissen, dass die gerühmte private Altersvorsorge ein schlechter Witz auf Kosten derer ist, die soziale Sicherung am meisten brauchen.

Wir wissen, dass die Kinder der Reichen es besser haben werden als unsere Kinder.

Und wir wissen, dass es dabei egal ist, wie sehr sich die Kinder unserer Kolleginnen und Kollegen bemühen und wie wenig sich die der Reichen anstrengen.

Jetzt ist Wahlkampf. Wir haben die Wahl.

Und pünktlich zum Wahlkampf stellen wir fest: Alle Parteien haben sich auf die Gewerkschaften zu bewegt.

Die, die wir gestern vor den Ergebnissen ihrer Politik gewarnt haben, zollen uns heute Respekt. Das kennen wir.

Aber wir wissen auch: vor der Wahl ist nicht nach der Wahl.

Gestern haben sie gegen unsere Mahnungen gehandelt. Sie haben die soziale Gerechtigkeit in unserem Land verwüstet. Die Ordnung am Arbeitsmarkt zerstört. Wir wollen wissen, was sie morgen zu tun gedenken.

In den Talkshows haben sie gestern den Gewerkschaften die politische Bedeutungslosigkeit prophezeit.

In den Parlamenten waren sie bereit, die Würde der arbeitenden Menschen zu opfern für die Interessen und Interessenten an den Finanzmärkten. Und in den Hinterzimmern, haben sie sich dafür die Gesetze schreiben lassen.

Es waren und es sind die gleichen Interessen und Interessenten, die gestern die Deregulierung der Finanzmärkte durchsetzten und die heute die Deregulierung der Arbeitsmärkte in gesamt Europa durchsetzen.

Die heimlichen Herrscher des Landes sitzen in diesen Hinterzimmern. Mit viel Geld und Macht und Einfluss, haben sie ihre kurzfristigen Interessen, ihre egoistischen und grenzenlose Gier, durchgesetzt.

Uns bleibt die immer währende Krise, die nur zu Wahlkampfzwecken unterbrochen am 23.9.2013 wieder ausbrechen wird. Die Krise, die sie mit ihrer Gier nach immer mehr Reichtum, ihrer Macht und ihrem Einfluss unausweichlich herbeiführen.

Ob im Unternehmen, ob in Hessen, Deutschland, Europa: Arbeitende Menschen zahlen die Zeche. Arbeitende Menschen, deren Würde nicht nur in Südeuropa heute mit Füßen getreten und erneut aufs Spiel gesetzt wird.

Ob im Unternehmen, in Hessen, Deutschland oder in Europa: Da, wo Menschen arbeiten, werden die Werte, wird der Wohlstand geschaffen. Und nicht da, wo die bunten Papierzettelchen mit Euro oder Dollarzeichen darauf gehandelt werden.

Alle Parteien bemühen sich eifrig, die Würde der arbeitenden Menschen wieder zu entdecken. Manche tun nur so. Andere meinen es ernst.

Dieser Würde muss aber nicht in Wahlkampfreden, sondern in der alltäglichen Realität des Sozialstaats, in der gesellschaftlichen und betrieblichen Wirklichkeit, entsprochen werden.

Das ist Ursprung des demokratischen Sozialstaats und das ist Zukunftsauftrag an die, die sich um politische Macht bewerben.

Leiharbeiter, die gnadenlos ausgebeutet werden. Kinder, deren Lebensweg schon im Grundschulalter unwiederbringlich vorgegeben ist. Menschen, die nach 30, 40 oder mehr Jahren harter Arbeit in Altersarmut ihre letzte Lebensphase mehr fristen als erleben. Junge Leute, die keine gute Ausbildung haben und erst recht keine Chance auf ein gutes Leben.

Aufgabe der Gewerkschaften ist es, diese Würde zu verteidigen.

Auch gegen die, die vor der Wahl mit bunten Schachteln um die Stimmen der arbeitenden Menschen werben, auf denen vielversprechende Etikette, wie

Lebensleistungsrente und Lohnuntergrenze, Jahr der Bildung oder Solidarrente kleben.

Wir schauen hinein in diese bunten Schachteln. Parteipolitisch unabhängig aber jeder einzelne von uns auf seine Weise politisch aktiv und parteiisch für die arbeitenden Menschen - und ihre Würde.

Wir haben über 500.000 Menschen gefragt. 52.000 waren es im Bezirk Mitte.

Keine Partei kann das. Arbeitende Menschen, Mitglieder und Nichtmitglieder. Leiharbeiter und Stammbeschäftigte, junge und alte Menschen wollen mehr soziale Gerechtigkeit und dass die Politik endlich die Verwerfungen am Arbeitsmarkt wieder in Ordnung bringt.

94 Prozent wollen eine gesetzliche Neuregelung von Leiharbeit und Werkverträgen.

92 Prozent halten einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro für richtig.

Die Rente mit 67 lehnen 91 Prozent ab.

98 Prozent wollen, dass derjenige, der lange erwerbstätig war, abschlagsfrei in Rente gehen soll.

In den Betrieben sagen wir: Wer nicht organisiert ist, sitzt - ob er will oder nicht - auf der anderen Seite des Verhandlungstisches.

Wer in Hessen und Berlin etwas ändern will, muss wählen gehen. 18 Millionen Wahlberechtigte blieben bei der letzten Bundestagswahl zu Hause.

Wer wählt bestimmt mit, wer nicht wählt wird trotzdem regiert.